

presse

Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine - Bundesregierung muss ein Zeichen setzen

Zur heutigen Sitzung des Sportausschusses im Deutschen Bundestag erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer und der sportpolitische Sprecher Martin Gerster:

Ein großes Sportereignis wie eine Fußball-Europameisterschaft bietet viel Potenzial für die Völkerverständigung. Sport verbindet die Menschen über Grenzen hinweg. Die Aufmerksamkeit, die damit auch der Ukraine zuteil wird, muss genutzt werden, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und bessere Bedingungen einzufordern, erklären Axel Schäfer und Martin Gerster.

Am 8. Juni beginnt die Fußball-Europameisterschaft. Wir freuen uns auf spannende Spiele. Und wir freuen uns auf die Gastgeber. Polen und die Ukraine stehen vor großen Herausforderungen, und mobilisieren ihre Kräfte, um das Event erfolgreich zu präsentieren. Vor allem bedeutet die Veranstaltung ein riesiges öffentliches Investitionsprogramm: allein Polen investiert rund 25 Milliarden Euro. Im Übrigen werden 13 der 16 beteiligten Nationalmannschaften ihr Quartier in Polen beziehen.

Mit großer Sorge betrachten wir allerdings die derzeitigen politischen Verhältnisse in der Ukraine unter dem Joch des Präsidenten Viktor Janukowitsch. So wurde beispielsweise Julija Timoschenko, die ehemalige Ministerpräsidentin der Ukraine, in einem zweifelhaften Verfahren zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Mittlerweile ist sie aus Protest gegen ihre

Behandlung in den Hungerstreik getreten. Auch andere ehemalige Mitglieder der Regierung sitzen im Gefängnis. Solche Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht geduldet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Zeichen zu setzen.

Ein großes Sportereignis wie eine Fußball-Europameisterschaft bietet neben dem sportlichen Reiz viel Potenzial für die Völkerverständigung. Sport verbindet die Menschen über Grenzen hinweg. Die Aufmerksamkeit, die damit auch der Ukraine zuteil wird, muss genutzt werden, um auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und bessere Bedingungen einzufordern.

Die Bundesregierung muss sich für die Menschen in der Ukraine stark machen. Deshalb soll der Besuch der Spiele in der Ukraine an Bedingungen geknüpft werden, wie etwa einem Gespräch mit Julija Timoschenko und weiteren Oppositionspolitikern.

In Zukunft müssen bei solchen Großveranstaltungen neben den sportlichen auch die gesellschaftlichen Aspekte viel stärker in den Fokus rücken. Zuletzt zeigte am vergangenen Wochenende der Formel-1 Grand-Prix in Bahrain, dass Sport nicht in einem Paralleluniversum stattfindet, sondern die politische Situation in einem Land auch für den Sport eine Rolle spielt bzw. spielen muss.